

Seefische
Kabeljau
Schellfische
Fischfilet
Freisch eingetroffen:
H. Lachsichthel
Heringsalat
Wilhelm Frey

Lehrverträge
bei
G. W. Zaiser, Nagold.

frische Seefische
sowie Fisch-Filet
Gottlieb Zug, Fischer.



Kochbuch
ste Geschenk
Kiehnle-Kochbuch
Ausgabe mit Haus
2085 erprobte
der z.T. mehrfarbig
11.- 63. Tausend
be, 1040 erprobte
gebunden DM. 4.80
Vorräte bei
Zaiser, Nagold

Bitte zur
weihnacht

altes, liebes Weihnachts-
derum geht ein heimlich,
Welt, denn wir alle, ob
reich, wollen ja an diesem
Liebe geben und Liebe
wenige Tage, und der An-
Züchterbaumes mit seinem
Friede und Freude in aller
munt alle Not und irdisches

Augen dieser Weihnachts-
n, die Blinden? Sollen sie
s in ewiger Nacht, verlas-
am Weihnachtsabend tra-
en soll eine Weihnachts-

veranstaltete die Bezirks-
dt, Sorb, Nagold,
eins, für ihre mittellosen
steier! An Sie alle rich-
tite: Helfen Sie uns durch
eder auf das Giro-Konto
Freundenstadt Nr. 1168,
den unterzeichneten Vor-
ch für unsere Blinden der
und somit auch ihnen
es Herz zu tragen!

enverein E. V.
ststadt, Sorb und Nagold.
o: F. Reichert,
Kniebis bei Freudenstadt
warzwald).

Der Gefellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Beilagen „Feiertagen“
„Unsere Heimat“, „Die Mode vom Tage“

Bezugspreise: Monat, einschließlich Träger-
lohn M 1.60; Einzelnummer 10 Pfennig.
Erscheint an jedem Werktag • Verbreitete
Zeitung im Oberamtsbezirk • Schrift-
leitung, Druck und Verlag von G. W. Zaiser
(Inh. Karl Zaiser) Nagold, Marktstraße 14



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage:
„Haus, Garten und Landwirtschaft“

Anzeigenpreise: 1 spaltige Tages-Zeile ober-
berer Raum 20 %, Familien-Anzeigen 15 %
Reklamezeile 60 %, Sammel-Anzeigen 50 %
Aufschlag • Für das Erscheinen von Anzeigen
in bestimmten Ausgaben und an besonderen
Plätzen, wie für telefon. Aufträge und Chiffre-
Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Telegr.-Adresse: Gefellschafter Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Postfisch. Ktp. Stuttgart 5118

Nr. 291

Gegründet 1827

Freitag, den 12. Dezember 1930

Fernsprecher Nr. 29

104. Jahrgang

Politische Wochenschau

Sanierung und Revision durch die Notverordnung . . . versprochen / Einsichtige ameri-
kanische Stimmen / Ein bitteres französisches Tränklein für unsere Pazifisten / „Das Unglaub-
liche — hier wird's Ereignis“ / Religiöse und nationale Gefühle in Deutschland vogelfrei!

Was vorauszu sehen war, ist auch gekommen: Die Not-
verordnungen zur Sanierung der Finanzen,
die alten vom 26. Juli und die neuen vom 1. Dezember,
letztere nicht weniger als 28 Stück, sind angenommen oder
besser die gegnerischen Anträge auf ihre Aufhebung sind ab-
gelehnt worden. Dabei hatte man den Eindruck, daß weni-
ger sachliche als vielmehr parteiitaktische Gründe den Haupt-
ausschlag gaben. Wie wäre es sonst möglich, daß dieselbe
Partei, die am letzten Sonntag bei einer Straßenkundgebung
in Stuttgart u. a. ein Plakat „Nieder mit Brüning's Not-
verordnungen!“ präparierte, im Reichstag gegen ihre
Aufhebung stimmte! Uebrigens war zwar die Mehrheit
nicht, auch nicht die Mehrheit, welche die Unzulässigkeit eines
nationalsozialistischen Vertrauensantrags, von dem wir in
der letzten Wochenrundschau sprachen, ablehnte, aber die
Notverordnungen, mag man im einzelnen noch so viel an
ihnen ausfinden, bestehen nun einmal zu Recht. Und allen
Baterlandsfreunden bleibt jetzt der lebhafteste Wunsch übrig,
daß sie sich denn auch in der Tat bewähren und die erhoffte
„Sanierung“, d. h. Gesundung unserer heillosen Finanzen
bringen.

Die Voraussetzung ist, wie das Kabinett Dr. Brü-
ning plante, nun da. Ihr muß — so ist es auch versprochen
worden — die weitere Tat möglichst bald nachfolgen: die
Revision des Tributplans. Nicht etwa nur der
Antrag auf ein Moratorium. Letzteres würde uns nichts
nützen. Denn die sog. „Aufkündigung“ zwecks „Transfer-
moratoriums“, die übrigens nur bei schwerster Not Deutsch-
lands möglich ist, bedeutet zunächst nur das Recht, 30 Tage
nach derlei den größeren Teil der Tribute in Goldmark
zu zahlen, anstatt in Auslandswährung — ein Schritt den
die Welt draußen schon als eine Panzererklärung auffassen
würde. Dann erst, d. h. fünf Vierteljahre nach der deutschen
„Aufkündigung“, kommt der erlebte Zahlungsauf-
schub, aber wohlverstanden nur für etwa ein Drittel einer
Jahreszahlung und für höchstens ein Jahr. Nachher aber ist
der gefundene Betrag mit 5.5 Prozent Zinsen nachzuzahlen.
Also „aufgehoben“ ist auch hier nicht „aufgehoben“. An der
Katastrophe würde absolut nichts geändert werden. Im
Gegenteil, wir hätten es bis zu diesem Zeitpunkt mit jenem,
der Boller Tributbank beigegebenen „Beratenden Sonder-
ausschuß“ zu tun, der unsere Zahlungsfähigkeit und unser
Finanzgebaren aufs peinlichste unteruchen würde. Somit
eine neue internationale Finanzkontrolle!

Also — was wir jetzt mit aller Energie zu erstreben hät-
ten — ist nicht ein Moratorium, sondern eine gründliche Re-
vision des Tributplans, nicht auf Grund des Youngplans,
der vielmehr eine „vollständige und endgültige Regelung der
Tributfrage“ enthalten will, sondern einzig und allein auf
der Grundlage unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit oder
besser „unfähigkeit“. Sogar ein Owen D. Young hat un-
längst im Votosklub in Newport erklärt: die Mehrheit der
öffentlichen Meinung der ganzen Welt verlange eine „ver-
nünftige Regelung des Reparationsplans“, und Dr.
Schacht hat nach seiner Rückkehr aus Amerika, wo er so
offen und energisch für Revision eintrat, in Bremen gleich-
zeitig mitgeteilt, daß die Amerikaner in ihrer überwiegenden
Mehrheit den Weg des politischen oder militärischen Drucks
auf Deutschland in der Tributfrage verabscheuen und sie als
eine reine Geldfrage betrachten.

Für Frankreich freilich sind das keine erbaulichen
Reden. Und wenn dieser Tage ein Tardieu gestürzt
würde, so wars gewiss nicht deshalb, weil er zu den Revi-
sionisten übergegangen wäre. Nein, so etwas ist für den
Bater des Versailler Vertrags und den abgegragten Gegner
jeder Abriistung zu Wasser und zu Land und in den Lüften
der schrecklichsten der Schrecken. Vielmehr ist für ihn Briand
Locarno gar nichts anderes als eine zweite Unterzeichnung
Deutschlands unter Versailles. Und wenn der französische
Vertreter in Genf vor einigen Tagen unglücklicherweise die
Zustimmung Deutschlands zu einer Entschärfung verlangte,
in der Deutschland sich abermals auf Zeit und Ewigkeit
verpflichten soll, so abgerüstet und entwaflnet zu bleiben,
wie in Versailles wurde diktirt wurde, so wäre das die dritte
Unterzeichnung gewesen. Und damit uns niemals zu wohl
werde, spinn die Pariser Politik ein französisches Bündnis-
system im Osten Europas gegen Deutschland — und neuer-
dings auch gegen Italien — aus und will uns natürlicher-
weise auch an unserem Tribut keine Mark nachlassen.

In Rußland geschähen merkwürdige Dinge. Zu den
undurchsichtigsten Rätseln gehöri der Kaminski-Prozess,
der mit dem Todesurteil gegen fünf und mit einer zehn-
jährigen Gefängnisstrafe gegen die drei anderen Angeklag-
ten endete. Inzwischen sind die fünf dem Tod Geweihten
zu 10 Jahren Gefängnis begnadigt worden. Selten werden
Angeklagte solche rüchaltlose Geständnisse gemacht haben
wie diese acht Professoren. Da, sie haben mitunter mehr zu-
gegeben, als der Staatsanwalt ihnen angeonnen hat. Und
so drängt sich einem die Frage auf: War's am Ende nicht
bloß eine schlaue aufgelegte Komödie, mit der die Mos-

tauer Nachhaber das verarmte und darbenbe Volk über
die wahre Ursache, über das Fiasko des Fünfjahresplans
hinwegtäuschen wollte? Für Sowjetrußland gilt
das Dichterwort: „Das Unglaubliche — hier wird's
Ereignis!“

Wenn man von der Freisprechung des „Künstlers“
Grob, der in einem Bild Christus mit einer Gasmaske dar-
gestellt hat, durch ein Berliner Gericht liest, so hat man den
Eindruck, daß das christliche Empfinden heute auch in
Deutschland für vogelfrei erklärt ist. Die sog. „Kunst“ darf
sich alles erlauben, darf über religiöse und nationale Ge-
fühle zur Tagesordnung gehen. Trotz des Einspruchs des
Reichswehrministeriums gegen den Heßfilm „Im Westen
nichts Neues“, trotz der Empörung der gesamten nationalen
Bevölkerung, trotz des Skandals, der schon bei der ersten
Aufführung in Berlin hervorgerufen wurde, werden die
Vorführungen des Films unter dem Schutz der Berliner
Polizei fortgesetzt. So etwas ist nur in Deutschland mög-
lich. In Prag oder London oder Paris hätte das Publikum
ein Filmtheater, in dem ein antinationaler Film zur Auf-

Tagespiegel

Vor der Verlehrsammer des Arbeitsgerichts in Berlin
findet die Verhandlung in der Klage statt, die 145 abgebaute
Nationalsozialisten gegen die Berliner Verkehrsgeellschaft,
die den U-Bahn-, Autobus- und Straßenbahnverkehr um-
faßt, angestrengt haben. Die Klage selbst stützt sich darauf,
daß bei den Entlassungen bei der BVG. politische Gesichts-
punkte maßgebend gewesen seien. Man habe nur diejenigen
Angestellten auf die Straße gesetzt, die nicht den freien Ge-
werkschaften angehörten. Die Kläger fordern Wiederein-
stellung aller Entlassenen, Beilegung des Direktors Brotat
und zweier sozialdemokratischer Betriebsratsvorsitzender, so-
wie eine Schadenersatzsumme von 368 400 Mark.

Die vereinigte schweizerische Bundesversammlung hat mit
158 von 160 gültigen Stimmen den bisherigen Vizepräsi-
den, Bundesrat Häberlin, zum Bundespräsidenten für 1931
gewählt. 26 Zettel waren unbeschrieben, 7 ungültig. Zum
Vizepräsidenten des Bundesrats wurde mit 162 von 181
gültigen Stimmen Bundesrat Motta gewählt. 26 Zettel
waren wieder unbeschrieben, 8 ungültig.

führung gekommen wäre, kurz und klein demoliert. Nun
haben aber auch die Regierungen von Bayern, Württem-
berg, Sachsen, Thüringen, Braunschweig und Mecklenburg
gegen den Standfilm Einspruch erhoben. W. H.

Schiele enttäuscht?

Berlin, 11. Dez. Den letzten Kabinettsberatungen, die
teilweise bis tief in die Nacht hinein dauerten, kommt
größere Bedeutung zu, als gemeinhin bekannt geworden
ist. Es handelt sich um Wünsche des Reichsernährungs-
ministers Schiele, die sich in der Hauptsache auf besseren
Zollschutz für Butter, Käse, Mehl, gewisse Futtermittel wi-
desten, Rapsen usw. beziehen, also um die Veredelungs-
erzeugnisse. Reichstangler Brüning soll anfänglich be-
reit gewesen sein, gemäß der Forderung Schieles diese zoll-
politische Regelung in die Notverordnung vom 1.
Dezember aufzunehmen, der Vorschlag drang aber bei der
Mehrheit der Kabinettsmitglieder nicht durch, worauf auch
der Reichstangler seine Zusage zurückzog. Schiele versuchte
nun seine Forderungen in der Weise durchzusetzen, daß er
vorschlug, die Regierung solle sich vom Reichstag durch Ge-
setz die Ermächtigung geben lassen, die Zollmaßnahmen
durchzuführen. Auch dieser Vorschlag wurde gestern
von der Kabinettsmehrheit abgelehnt. Von der Ein-
führung eines Verwendungszolls inländischer Erzeugnisse
und eines Südschiffmonopols scheint Schiele wieder ab-
gekommen zu sein, da auch diese Vorschläge, so nützlich sie
sich auch in Bezug auf die deutsche Zahlungsbilanz aus-
wirken könnten, erst recht keine Aussicht auf Annahme im
Reichskabinett hatten.

Somit bleiben nur noch zwei Wege offen. Entweder
macht die Regierung eine Zollvorlage, die über den Reichs-
rat an den Reichstag geht, oder werden im Reichstag selbst
genannte Initiativanträge von Fraktionen eingebracht.
Der erstere Weg erscheint bei der Einstellung der Kabinetts-
mehrheit und des Reichsrats nicht sehr aussichtsreich zu sein.

Endlich! Endlich!

Der Remarque-Film verboten

Berlin, 11. Dez. Im Reichsinnenministerium begann
heute vormittag 10 Uhr eine erneute Prüfung des Films
„Im Westen nichts Neues“, der von dem Unternehmer
Lämmle in New York nach einem Roman von Re-
marque hergestellt worden ist.

So sah sich die Reichsregierung veranlaßt, die Streit-
frage der Oberprüfstelle, die aber nun eine andere Be-
setzung in den Beisitzerstellen erfährt, erneut vorzulegen. Ab-
gleich der Reichsinnenminister keinen Anlaß für eine Be-
anstandung zu haben glaubte.

Zunächst wurde nun der Oberprüfstelle der Bildstreifen
vorgestellt. Dann wurden die Sachverständigen
gehört; der Vertreter des Reichswehrministeriums erinnerte
daran, daß das Reichswehrministerium von Anfang an
gegen den Film gewesen sei. Die gegen Deutschland offen
behebenden Zügenfilme seien jetzt zwar verschwunden, da-
gegen werden neue Filme gemacht, die in perfidester und
raffiniertester Weise alles Deutsche beschimpfen und lächer-
lich machen. Dazu gehöre vor allem der in Frage stehende
Lämmle-Film. Die deutschen Soldaten werden z. B.
mit ausgeprochenen Verbrechergesichtern dar-
gestellt, so daß englische Kinder den Eindruck erhielten, daß
der deutsche Soldat feig, brutal und grausam, der englische
aber tapfer und brav sei.

Die Vertreter der Länder erklärten, es könne kein
Zweifel bestehen, daß der Film das Ansehen Deutschlands

aufs schwerste schädige und die Jugend in ihrem National-
gefühl verderbe. Es sei durchaus ungerechtfertigt, einen
solchen Film auch noch durch den Polizeiknüppel (Berlin)
zu verteidigen.

Nach halbstündiger Beratung verkündete der Vorsitzende
das Urteil, daß der Film wegen Gefährdung des deutschen
Ansehens verboten sei. Das Urteil sei weder von den Kund-
gebungen des Reichs, noch von der Drohung des Reichs-
vertreter Lämmles, des Rechtsanwalts Dr. Frankfurt, daß
die amerikanische Industrie bei einem Verbot sich evtl.
aus Deutschland zurückziehen werde (!), beeinflusst.

Vor Verkündung des Urteils erklärte der Vertreter
der amerikanischen Universal-Film G. m. b. H., daß seine
Gesellschaft den Film ohne Rücksicht auf das Urteil zu-
rückziehe.

Damit kam die Lebensweisheit des berühmten Ulmer
Kühnleins wieder zu Ehren.

Die Berliner Morgenblätter zum Verbot des Remarque- Films.

Berlin, 12. Dez. Alle Berliner Morgenzeitungen be-
schäftigten sich ausführlich mit der Entscheidung der Film-
oberprüfstelle auf Verbot des Films „Im Westen nichts
Neues“.

Postische Zeitung und Berliner Tageblatt bezeichnen es
als unrichtig, daß der Film geeignet sei, dem deutschen

Neueste Nachrichten

Die Regierungsvertreter verlassen den Saal

Innsbruck (Österr.), 11. Dez. In einer Versammlung des Landwirtschaftlichen Hauptvereins des Kreises Innsbruck wurden die Reichs- und die preussische Regierung in einer Rede scharf angegriffen. Als der Regierungsvizepräsident Ellinghaus die Regierung verteidigte und dabei die Nationalsozialistische Partei angriff, die die Regierung als „hochverräterisch“ bezeichne, entstand unter den empörten Bauern eine solche Unruhe, daß Ellinghaus und die übrigen Regierungsbeamten den Saal verlassen mußten.

Heraufsetzung des Wahlalters in Bayern

München, 11. Dez. Der Verfassungsausschuß des Landtags nahm einen Antrag der Bayerischen Volkspartei an, der vorschlägt, das Wahlalter für den bayerischen Landtag von 20 auf 21 Jahre hinaufzusetzen. Gegen den Antrag stimmten die Sozialdemokraten und die Nationalsozialisten. Der Vertreter der Staatsregierung hatte in der Aussprache erklärt, daß das jetzige Wahlalter mit 20 Jahren eine Abnormität darstelle und endlich einmal beseitigt werden müsse.

Weitere Verhaftungen in Birmafen

Birmafen, 11. Dez. Im Zusammenhang mit den Waffen- und Munitionsfunden wurden drei weitere Arbeiter in ihren Wohnungen verhaftet, darunter der kommunistische dritte Bürgermeister Schreiber.

Schacht in Kopenhagen

Kopenhagen, 11. Dez. Auf Einladung sprach Dr. Schacht im Festsaal des Kopenhagener Studentenheims — ein Vortrag Adolf Hitlers war vor kurzem von der sog. Regierung verboten worden — über die deutsche Wirtschaft und das Ausland. Die Versammlung war von den Spitzen der Kopenhagener Gesellschaft besucht. Dr. Schacht erklärte den Inhalt und die Wirkung des Dawes- und des Youngplans. Deutschland sei zu unerhörter Produktion gezwungen, während es andererseits in seiner Ausfuhr gerade von den Staaten gehemmt werde, an die die Tribute entrichtet werden sollen. Deutschland mache eine Zeit schwerster Gefahren durch, und nur durch enge Zusammenarbeit aller Länder könne der großen Gefahr begegnet werden, von der nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt bedroht werde. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Auch Laval gibt auf

Paris, 11. Dez. Die Bemühungen des Senators Laval, der ein Kabinett „nicht ohne Tardieu“ bilden wollte, sind gescheitert. Man glaubt, daß Präsident Doumergue nunmehr sich an die Linke wenden werde. Allein die Linksparteien würden ein Kabinett „nicht ohne Briand“ verlangen. Doumergue ist aber bekanntlich sehr gegen Briand eingenommen. Der Präsident hat den radikalen Senator Steeg er sucht, die Kabinettsbildung zu übernehmen.

Aus Stadt und Land

Nagold, den 12. Dezember 1930.

Die Leute, die niemals Zeit haben, tun am wenigsten

Christkindlesmärkte

Kein Matschwetter vergräme heuer die Weihnachtsmarktbesucher, dafür lachte hellster Winterjohannisstern und lud ein zu einem Gang nach Nagold. Sogar sehr viele waren zu sehen, die sonst selten auf unsere Märkte kommen. Der Besuch war also sehr gut besucht u. man darf wohl den Weihnachtsmarkt als den besten in diesem Jahr ansprechen, trotzdem steht er weit hinter seinen Brüdern der vergangenen Jahre zurück. Im treffernden, wenn auch etwas dristlicher Weise typisierte ein hiesiger Geschäftsmann den Markt: Viel junge War' Zigarette im Maul, Mäde am Arm und Hunger im Ranzel oder von uns überseht: Der Markt der Gegenläufigkeit — viel Besucher u. wenig Geld! Die Stände reichten sich von der Vorstadt bis zur Hintere Gasse und in der ganzen Waldachstraße dicht gedrängt aneinander. Die befürchtete Beeinträchtigung des Marktes durch die Verlegung hat sich also nicht bewahrt, der verkehrstechnischen Seite ist Rechnung getragen und außerdem hat die Bahnhofstraße den Vorteil, daß ihre Läden besser denn vorher zur Geltung kommen. Der Durchgang durch die Bahnhofstraße war übrigens sehr lebhaft. Die Meinungen über den finanziellen Erfolg des Marktes gehen übrigens auseinander, mancher Geschäftsmann ist sehr zufrieden und hat keinen Rückgang zu verzeichnen, andere wollen es gerade so gelten lassen und die dritten und das sind wohl die meisten, klagen recht bitterlich. Dem Hauptkunden am Markt, dem Landwirt, fehlt eben das Geld zu größeren Einkäufen und er mußte sich auf das Allerallernotwendigste beschränken. Textil und Schuhwaren waren durch die fliegenden Händler stark vertreten. Schade, daß der „wahre Jakob“ mit seinem oft derben aber doch köstlichen Mutterwitz so gänzlich vom Markt verschwunden ist; was jetzt zu hören ist, sind meist ungehörige und anzügliche Redensarten. Langfinger haben sich gestern auch wieder bemerkbar gemacht, ein Zeichen, daß es für Verkäufer und Besucher immer gut ist, die Augen etwas offen zu halten. Diesmal soll das Experiment keinem geglikt sein und der Arm der Gerechtigkeit hat sie sicher umfaßt.

Wenn wir nun eine Hoffnung aussprechen wollen, so ist es die, daß sich die Verhältnisse im kommenden Jahre für unsere Landwirtschaft bessern mögen, nicht durch erhöhte Steuern und daraus wiedergewährten Krediten, nein, diese Hoffnungen taugen nichts, sondern aus einer Gesundung unserer ganzen deutschen Wirtschaft, durch eine vernünftige Außenpolitik. Schicksalsverbunden ist bei uns alle, die Augen mit der Innenpolitik, die Außenpolitik aber auch mit der Wirtschaft u. die Wirtschaft steht wieder im engen Konnex mit jedem einzelnen aus Stadt u. Land, mit jedem Deutschen, gleich ob an der Werkbank, am Schreibtisch oder Pflug. Also hoffen wir weiter mit gutem Mut, denn Hoffnung ist schon von jeher ein gutes Mittel zur Gesehndhaltung eines Menschen und Volksgangen gewesen.

Postalisches

Zum bevorstehenden Weihnachts- und zum Neujahrsfest befördert die Deutsche Reichspost in der Zeit vom 15. Dezember 1930 bis 5. Jan. 1931 im innerdeutschen Verkehr Glückwunschtelegramme zu bedeutend ermäßigten Gebühren. Diese Glückwunschtelegramme werden bei rechtzeitigem Eingang erst an den Festtagen selbst oder an deren Vorabenden zugestellt. Nähere Auskunft ist an den Postbehörden erhältlich.

Landtagsabg. Oberstudiendirektor Bauer 50 Jahre alt

Am heutigen Tage vollendet Landtagsabgeordneter Oberstudiendirektor A. Bauer von Nagold sein 50. Lebensjahr. Durch seine Tätigkeit im Württ. Landtag, als 1. Vorsitzender des Württ. Sparerbundes und als Reichsparteivorsitzender der Volksrechtspartei ist er weit über die Grenzen Württembergs hinaus bekannt geworden. Auch als Pädagoge hat er sich durch Veröffentlichung mehrerer Werte einen Namen verschafft. Seine unermüdete Arbeitskraft und Wissen lassen hoffen, daß er auch für die Zukunft sein umfassendes Wissen erfolgreich in den Dienst der Allgemeinheit stellen wird.

Wissen Sie, wie die herrlichen Zeitlupeubilder entstehen? Sehr gute Beleuchtung und eine lichtstarke Optik des Filmapparates sind in erster Linie notwendig. Dann werden beispielsweise 100 einzelne Bilder in einer Sekunde aufgenommen. Im Filmtheater sehen Sie aber nur etwa 20 Bilder in einer Sekunde. Was also bei der Aufnahme einer Sekunde gedauert hat, sehen Sie im Kino 5 Sekunden lang. Die Zeit wird gedehnt! Wollen Sie wundervolle Zeitlupeubilder aus dem weiten Gebiet der Leibesübungen sehen, so besuchen Sie den Film „Der neue Mensch“, der am Freitag und Samstag im Seminarfestsaal gezeigt wird.

Eßlingen, 12. Dez. Weihnachtsfeier des VfB. Am kommenden Sonntag, den 14. Dezember tritt, wie alljährlich, der Verein für Bewegungsspiele Eßlingen mit seiner Weihnachtsfeier vor die Öffentlichkeit. Das Programm sieht die Aufführung des Volksstückes in 4 Akten „Die vom Huberhof“ von Peter Molli vor. Das Stück selbst spielt von Anfang bis Ende. Molli nimmt seine Erlebnisse und Gestalten aus dem Volke, zeichnet sie in markanten Zügen, ohne unnützes Beiwerk, darum kommt er dem Zuschauer so nahe. Die passende Gestaltung von Schuld und Sühne machen das Volksstück zum erfolgreichsten Werk. Es ist nicht allein der besondere Reiz des Stofflichen, was an diesem Stück so sehr festsetzt, es sind vor allem auch die bestehenden Eigenschaften des Dramatikers, die in diesem Werk so glanzvoll in Erscheinung treten. Wir zweifeln nicht, daß die echt volkstümliche, einprägsame Kunst des Verfassers jedem Besucher zu einem ersten Genuß werden wird. Dem Programm, das nur noch eine kleine Humoreske vorsteht, ist jeder eigentliche Vergnügungscharakter ferngehalten. Den Veranfallern möge es Dank und Anerkennung werden, wenn diese Aufführung als tiefes nachhaltiges Erlebnis noch lange festgehalten wird. (Siehe morgiges Inserat).

Gündringen, 11. Dez. Motorradunfall mit nachgefolgtem Tod. Am vergangenen Samstag wollte der 19 Jahre alte Primaner eines Forstheimer Gymnasiums und Sohn des hiesigen Pappfabrikanten Rhein, Alfred Rhein, als Sozius auf einem Motorrad, das von seinem Bruder Valentin gesteuert wurde, von Hochdorf nach Gündringen fahren. An der unübersichtlichen Wegkreuzung in Hochdorf, vor dem Rathaus, wurde das Rad von dem Lastwagen der Hochdorfer Kronenbrauerei angefahren. Beide Brüder stürzten zu Boden, der Fahrer selbst, ohne sich zu verletzen, Alfred Rhein erlitt eine Querschnitt am rechten Unterschenkel. Ins Forster Krankenhaus verbracht, mußte ihm am Mittwoch das Bein abgenommen werden und heute ist nun wohl infolge einer Blutvergiftung der Tod eingetreten. Der schwergeprüften Familie, die diesen strebsamen und hoffnungsvollen Sohn verlor, wendet sich allgemeine Teilnahme zu.

Horb, 11. Dez. Aufgeklärter Motorraddiebstahl. Am 10. Nov. ds. Js. wurde im Garten des Herrn Merkt das Motorrad des Hells. Leiters der Nebenstelle des Arbeitsamts Nagold entwendet. Der Dieb konnte kürzlich von der Polizei in Vörsch in Baden zwangsgestellt werden. Das Motorrad war noch im Besitz des Diebes. Es handelt sich um einen gewerbsmäßigen Fahrrad- und Motorraddieb Kump aus Dettingen i. S. — Sich selbst gerichtet. Der wegen verurteilter Brandstiftung kürzlich verhaftete Landwirt und Gelegenheitsarbeiter M. hat sich gestern früh im hiesigen Amtsgerichtsgefängnis erhängt.

Freudenstadt, 11. Dez. Ein Wahrzeichen des Marktplatzes verschwunden. Am Dienstag vormittag wurde der altehrwürdige Lindenbaum auf dem hiesigen Marktplatz gefällt. Sein Alter wird auf 300 Jahre geschätzt. Damit ist wieder ein altes Wahrzeichen der Stadt verschwunden. Die alte Linde war innerlich vollständig ausgehöhlt. Die Gefahr bestand schon längst, daß der Sturm sie eines Tages fällen könnte. So mußte Art und Sage zuvorkommen, um ein Unheil zu verhüten. Ein Stück des Baumes, der nahezu die ganze Geschichte von Freudenstadt miterlebt hat, soll, so berichtet der „Grenz“, zum Andenken im Schwarzwaldmuseum aufbewahrt werden. Ein hiesiger Bienenzüchter will ein Stück des Stammes zu einem „historischen“ Bienenkasten ausbauen.

Aus aller Welt

Noch keine Nachricht von der deutschen Grönländerexpedition. Wie mitgeteilt wird, beruht die private hiesige Nachricht über die deutsche Grönländerexpedition auf einem Irrtum. Das in dieser Meldung erwähnte Telegramm ist nicht von der Funktion der Expedition ausgegangen, sondern von dem inzwischen in Kopenhagen eingetroffenen Ingenieur der Expedition, Schiff, von Bord des Dampfers „Disco“ abgegeben. Von der Expedition unmittelbar ist bisher keine Nachricht eingegangen.

Verhinderung einer Zwangsversteigerung. In Nagold (Kreis Greifswald in Pommern) sollte wegen rückständiger Steuern das ganze lebende und tote Inventar des Bauern Dinse versteigert werden. Neben verschiedenen Händlern hatten sich auch über 100 Bauern aus dem Dorf und der Umgebung eingefunden, die die Versteigerung gewaltig verhindern.

Ansehen im Ausland Schaden zuzufügen. Im Gegenteil lägen Neuerungen vor, daß der Film im Ausland Verständnis für das gemeinsame Leid des Krieges erweckt habe. Der Vorwärts nennt das Verbot einen Terrorrieg. Die Gefährdung des deutschen Ansehens sei nicht durch die Aufführung des Filmes hervorgerufen worden, sondern durch den Kampf, der gegen ihn geführt worden sei. Der Spruch der Oberprüfstelle schädige das deutsche Ansehen aufs aller Schwerste. Im Gegensatz zu allen 3 genannten Blättern, die in dem Urteil ein Zurückweichen vor der „Strafe“ sehen, unterstreicht der Vörsenkurier die Bemerkung des Vorsitzenden der Filmoberprüfstelle, der sich in der Begründung dagegen verwahrt, daß das Verbot „unter dem Eindruck der Strafe“ gefällt sei. Das Blatt schreibt jedoch das Wort des sächsischen Vertreters zur Kennzeichnung des Urteiles auf, der von einer „Wirkungszenfur“ gesprochen habe. Um diese habe es sich in der Tat gehandelt, nur damit sei der Spruch mindestens erklärlich geworden.

Die Germania, die ebenfalls betont, daß die Filmprüfstelle unbeeinflusst durch die Demonstrationen entschieden habe, gibt ihrer Zustimmung zu den sächlichen Gründen für das Verbot Ausdruck. Das Blatt lehnt den Film ab, denn es sei nötig, daß die geistigen Waffen, mit denen für den Frieden gekämpft werden müsse, makellos und unantastbar sein müssen und die echte nationale Würde nicht verletzen.

Die Reichspresse begrüßt einstimmig die Entscheidung des Filmgerichtes. Sozialistischer und Vörsenzeitung weisen auf den Gegensatz in der Stellungnahme der Reichsregierung und der preussischen Regierung zu dem Film hin, und sehen in dieser verschiedenen Auffassung der beiden Regierungen eine schwerwiegende innerpolitische Frage. Die DZ, beglückwünscht die Filmoberprüfstelle zu ihrem Mut, der ein Mut der Sachlichkeit sei. Die Deutsche Tageszeitung und die Deutsche Zeitung beschäftigen sich in ihren Kommentaren auch mit der ausländischen Fassung des Filmes, die sie für noch bedenklicher für das deutsche Ansehen im Ausland halten.

Die kommunistische Zeitung „Berlin am Morgen“ nennt das Urteil eine vollständige Kapitulation vor Hitler, der einen „Sieg“ errungen habe. Die Rote Fahne bezeichnet es als „Brünnings erstes Koalitionsangebot an Hitler“.

Deutscher Reichstag

Lärmigung

Berlin, 11. Dezember.

Zum Entwurf der Strafrechtsreform sagt Abg. Löwensthal (Komm.), die deutsche Gegenwart, in der der Faschismus sich über den Volkswillen hinwegsetze, sei für jede Strafrechtsreform ungeeignet. (Zurufe der Nat.-Soz.: „Unverschämter Judenjunge! Was geht den Juden das deutsche Recht an!“) Präf. Löbe: Wenn die Störungen nicht aufhören, werde ich mit Ausweisungen vorgehen.

Abg. Dr. Frank II (Nat.-Soz.): Der „Proletarier“ Löwensthal hat die echt jüdische Frechheit besessen — (Ordnungsruf) Redner wiederholt den Satz. Zweiter Ordnungsruf. Präf. Löbe macht den Redner auf die Folgen eines dritten Ordnungsrufs (Ausweisung) aufmerksam. Die Kommunisten erregen durch das bekannte „Rhabarber“-Gemurre künstliche Unruhe. Präf. Löbe droht ihnen schließlich mit Ausweisung. Abg. Frank: Die Nationalsozialisten werden sich an dieser Arbeit Kahl nicht beteiligen. Dem deutschen Empfinden widerspreche es, wenn nach dem Entwurf der Zweikampf und die Mordur verboten, das barbarische Schächten aber erlaubt sei. (Neues Gemurre.)

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) erklärt, während die meisten Nat.-Soz. den Saal verlassen, er stimme dem Antrag Kahl, den Strafrechtsentwurf des alten Ausschusses dem neuen Reichstag zu überweisen, zu. Im neuen Strafrechtbuch müßten aber Zuchthaus und Todesstrafe verschwinden. (Großer Lärm. Ordnungsrufe.)

Abg. Karpenstein (Soz.): Dieses Parlament sei gar nicht imstande, ein wirkliches deutsches Recht zu schaffen. Das deutsche Recht müsse die Keuschheit deutscher Seelen und Leiber schützen. Dafür sei kein Verständnis vorhanden in den Parteien, in denen die Intelligenzbestien und Gemeinheitsdummköpfe sitzen. Die Verlogenheit in dieser Frage auch bei den Mittelparteien wibert uns an. (Lärm.)

Der Antrag Kahl wird darauf gegen die Stimmen der Deutschnationalen, Nationalsozialisten und Kommunisten dem Strafrechtsausschuß überwiesen.

Bei der folgenden Aussprache über das Pensionskürzungsgesetz, dem der Abg. Reinhold (Staatsp.) zustimmt, kommt es bei Angriffen des Abg. Völkter (Soz.) gegen Dr. Fridt zu neuem, großem Lärm. Die Vorlage wird schließlich dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Von den Deutschnationalen wird die Beratung von Anträgen gegen das Republikstuhgesetz beantragt. Der Antrag wird mit 239 gegen 188 Stimmen abgelehnt.

Weitere Anträge der Rechten, so die Mißtrauensanträge, die außenpolitische Aussprache, die Beratung schulpolitischer Anträge, die Streichung der Polizeikostenzuschüsse an Preußen auf Donnerstag festzusetzen, werden unter Pörsen der Rechten abgelehnt.

Abgelehnt wird auch der Antrag Dr. Döring (Nat.), den deutschnationalen Antrag auf Verbot des Filmes „Im Westen nichts Neues“ zu beraten. Gegen diesen Antrag stimmt die ganze Deutsche Volkspartei mit Ausnahme des Abg. Generaloberst v. Seeckt.

Das Haus verläßt sich auf Donnerstag 1 Uhr. Tagesordnung: Anträge zum Länderschlus am Heiligen Abend.

Gegen Rote der Hände

und des Gefächts sowie uneheliche Hausfarbe verwendet man am besten die schneeig-weiße, fettreiche Creme Leodor, welche den Händen und dem Gesicht eine matte Weiße verleiht, die der vornehmen Dame entspricht. Ein besonderer Vorteil liegt auch darin, daß diese matte Creme wundervoll während der Wäsche der Haut wirkt und gleichzeitig eine vorzügliche Unterlage für Make-up bildet. Der nachhaltige Duft dieser Creme gleicht einem tauchig-pfeifigen Parfümgeruch, den die vornehme Welt verachtet. Preis der Tube 60 Pf. und 1 Pf. Wollman unterhält durch Bebor-Web-Sells, 60 Pf. das Stück. In allen Schöndorfer-Verkaufsstellen zu haben.

Kauft deutsche Ware!

Der

Der Landtag trat zusammen und befaßte sich des Entwurfs einer neuen Finanzminister Dr. I.

tarif muß dem jetzigen einer Anzahl ist eine Hiren sind eine Gegenteile Mühe, der von einzelnen Behörden verursacht wamtien eine Erhöhung höhung der Gebühren stwie bei den Beschlüssen Urfang erfolgen, weil sechsprozentige Herabsetztemberg hat nicht die schafflichen Niedergang 1931/32 wird dem Land gehen. Für 1931 hat m Millionen Mark zu red von 1930 um 17,1 Mill Rückgangs sind: An 7 393 000 Mark weniger sind feste Katastersteuern gerechnet werden kann. sonderer Rücklag zu men ist bei der Fortver schlag zu erwarten (Aus als 1930). Die dritte lmen ist der Wegfall der Die Ausgaben müssen si den Anmelungen der der Gesamtaufwand au handlungen wurden 7,2 gaben 158,3 Mill. Mark noch ein ungedeckter Feh durch die Beamtenber herabgesetzt werden köm von 9 Mill. Mark bleib nach der Noterordnung steuern der Länder und 1930 nicht mehr erhö anderer Ausweg übrig. Wenn man immer wied handlen seien, so dar 16 Mill. Betriebskapital Vermögensstand der K trifft, so betrug er na 27 180 000 Mark. Nach würde noch ein Restver übrigbleiben. Aber au fägbar, da sie notwen Staatshaushalts für 19 ausgaben kommt man den Beamten noch weite Gehaltsabzug von 6 v eine Herabsetzung der l

Abg. Winkler (S Unterlagen für seine h neter St o o h (AB): bar für die Aufflärunge entwurf über die Gebi Abg. Sch e e f (Dem.) Anerkennung aus, daß das Land auf die schwi müße das Möglichste Demokratische Partei i Weise unterstützen in Finanzlage zu sichern legungen des Finanzm gewirkt. Dafür, daß d pessimistisch über die f man ihm nur dankbar darauf, daß Klarheit erhöhung 1931 und 193 dankt dem Finanzmin ganze Land habe ein Finanzwirtschaft des L fündigt Abänderungsa

Mein g Spielwa wird ausverka gebe noch 200 Fritz H

Frohe Weihnach TRI-E SCHALL aus der Scha Ferd. W

Mein g Spielwa wird ausverka gebe noch 200 Fritz H

Frohe Weihnach TRI-E SCHALL aus der Scha Ferd. W

Frohe Weihnach TRI-E SCHALL aus der Scha Ferd. W

Städtisches

Reichs- und zum Neujahrs-
Reichspost in der Zeit vom 15.
n. 1931 im innerdeutschen Ver-
eine zu bedeutend ermäßigten
schleppende werden bei recht-
den Festtagen selbst oder an de-
Nähere Auskunft ist an den

*
Studienbibliothek Bauser
Jahre alt

ollendet Landtagsabgeordneter
Bauser von Nagold sein 50. Je-
stigkeit im Württ. Landtag, als
Sparerbundes und als Reichs-
rechtspartei ist er weit über die
maus bekannt geworden. Auch
durch Veröffentlichung mehrerer
schafft. Seine unermüdete Ar-
en hoffen, daß er auch für die
Wissen erfolgreich in den Dienst
wird.

chen Zeitschriftenbilder entstehen?
und eine lichtstarke Optik des
er Linie notwendig. Dann wer-
ne Bilder in einer Sekunde
tekttheater sehen Sie aber nur
Sekunde. Was also bei der Auf-
uert hat, sehen Sie im Kino 5
dird gegeben! Wollen Sie wun-
is dem weiten Gebiet der Le-
hen Sie den Film „Der neue
und Samstag im Seminarzeit-

achtsfeier des W.B. Am kom-
Dezember tritt, wie alljährlich,
spiele Eßlingen mit seiner
effektivität. Das Programm
ollständiges in 4 Akten. Die vom
ini vor. Das Stück selbst sel-
Wolnki nimmt seine Ergebnisse
olte, zeichnet sie in markanten
ert, darum kommt er dem Zu-
de Gestaltung von Schuld und
id zum erfolgreichen Werk. Es
e Reiz des Stofflichen, was an
es sind vor allem auch die be-
s Dramatikers, die in diesem
einung treten. Wir zweifeln
liche, eindrucksvolle Kunst des
zu einem ersten Genieß wer-
das nur noch eine kleine Su-
eigenliche Vergnügungspara-
nitaltern möge es Dank und
diese Aufführung als tiefes
ange festgehalten wird. (Siehe

Motorradunfall mit nachgefolg-
Samstag wollte der 19 Jahre
einer Gymnasiums und Sohn
ten Rhein, Alfred Rhein,
rrad, das von seinem Bruder
von Hochdorf nach Gündringen
lichen Wegkreuzung in Hoch-
rde das Rad von dem Lastwa-
brauerei angefahren. Beide
der Fahrer selbst, ohne sich zu
itt eine Quetschung am rech-
ber Krankenhaus verbracht,
s Bein abgenommen werden
olge einer Blutvergiftung der
geprüften Familie, die diesen
llen Sohn verlor, wendet sich

irter Motorradabstahl. Am
Garten des Herrn Merk
eiers der Nebenstelle des Ar-
kt. Der Dieb konnte kürzlich
in Baden zwangsweise wer-
sch im Besitz des Diebes. Es
smäßigen Fahrrad- und Mo-
ttingen i. S. — Sich selbst
er Brandstiftung kürzlich ver-
heitsarbeiter M. hat sich ge-
gerichtsgefängnis erhängt.
Ein Wahrzeichen des Markt-
ienstag vormittag wurde der
auf dem hiesigen Marktplatz
300 Jahre geschätzt. Damit
chen der Stadt verschwunden.
h vollständig ausgehöhlt. Die
daß der Sturm sie eines
zte Art und Säge zuvorkom-
üten. Ein Stück des Baumes,
chte von Freudenstadt miter-
„Grenzer“, zum Andenken
bewahrt werden. Ein hiesi-
Stück des Stammes zu einem
usbauen.

Der Welt

der deutschen Grönlanderpe-
beruht die private Hamburger
Grönlanderpedition auf einem
una erwähnte Telegramm ist
Expedition ausgegangen, son-
topenhagen eingetroffenen In-
f, von Bord des Dampfers
Expedition unmittelbar ist bis-
en.

ngsverfeigerung. In Lahow
rn) sollte wegen rückständiger
nd tote Inventar des Bauern
eben verschiedenen Händlern
uern aus dem Dorf und der
die Verfeigerung gewaltjam

Der Finanzminister über die Finanzpläne

Landesgebührenordnung

Stuttgart, 11. Dezember.

Der Landtag trat gestern nachmittag 4 Uhr wieder zu-
sammen und befaßte sich zunächst mit der zweiten Beratung
des Entwurfs einer neuen Landesgebührenordnung.

Finanzminister Dr. Dehlinger: Der neue Gebühren-
tarif muß dem jetzigen Geldstand angepaßt werden. Bei
einer Anzahl ist eine Höherhebung notwendig. Die Gebüh-
ren sind eine Gegenleistung für den Aufwand an Zeit und
Mühe, der von einzelnen auf ihre Veranlassung hin bei den
Behörden verursacht wird. Da seit 1924 die Bezüge der Be-
amten eine Erhöhung erfahren haben, hätte auch eine Er-
höhung der Gebühren stattfinden müssen in ähnlichem Maß
wie bei den Beförderungen, doch kann sie nicht in dem vollen
Umfang erfolgen, weil jetzt bei den Beamtenbezügen ein
sechszehnte Herabsetzung beschlossen worden ist. Würt-
temberg hat nicht die Kraft, von seinen Grenzen den wirt-
schaftlichen Niedergang abzuwehren. Der Haushaltsplan für
1931/32 wird dem Landtag im Lauf des Januar 1931 zu-
gehen. Für 1931 hat man mit Gesamteinnahmen von 133,6
Millionen Mark zu rechnen, d. h. gegen den Voranschlag
von 1930 um 17,1 Millionen weniger. Die Ursachen des
Rückgangs sind: An Reichssteuerüberweisungen sind
7 393 000 Mark weniger zu erwarten. Die Landessteuern
sind feste Katastersteuern, bei denen mit festen Einnahmen
gerechnet werden kann. Bei der Gewerbesteuer ist kein be-
sonderer Rückschlag zu befürchten. Bei den Landeseinnah-
men ist bei der Forstverwaltung ein außerordentlicher Rück-
schlag zu erwarten (Ausfall 1931 noch 6,2 Mill. Mark mehr
als 1930). Die dritte Ursache des Rückgangs der Einnah-
men ist der Wegfall der Zuschüsse aus der Reichsverwaltung.
Die Ausgaben müssen sich richten nach den Einnahmen. Nach
den Annahmen der einzelnen Ministerien berechnet sich
der Gesamtaufwand auf 165,6 Mill. Mark. Bei den Ver-
bindungen wurden 7,2 Mill. abgeschrieben, so daß die Aus-
gaben 158,3 Mill. Mark betragen werden. Es bleibt somit
noch ein ungedeckter Fehlbetrag von 24,7 Mill. Dieser würde
durch die Beamtenbeförderungszugewinn usw. noch weiter
herabgesetzt werden können, so daß schließlich ein Fehlbetrag
von 9 Mill. Mark bleiben würde. Eine Steuererhöhung ist
nach der Notverordnung nicht mehr möglich, da die Haupt-
steuern der Länder und Gemeinden nach dem 31. Dezember
1930 nicht mehr erhöht werden dürfen. Es bleibt kein
anderer Ausweg übrig, als die Ausgaben weiter zu droffeln.
Wenn man immer wieder sagt, daß 45 Mill. Restmittel vor-
handen seien, so darf man nicht vergessen, daß darunter
16 Mill. Betriebskapital der Staatshauptkasse sind. Was den
Vermögensstand der Reichsverwaltung am 31. März 1930 be-
trifft, so betrug er nach Abzug der obigen 16 Mill. Mark
27 180 000 Mark. Nach den verschiedenen weiteren Abzügen
würde noch ein Restvermögen von 5 362 000 Mark für 1931
übrigbleiben. Aber auch diese Summe ist nicht mehr ver-
fügbar, da sie notwendig ist zur Deckung des laufenden
Staatshaushalts für 1930. Mit der Einschränkung der Sach-
ausgaben kommt man nicht aus. Infolgedessen müssen von
den Beamten noch weitere Opfer verlangt werden (über den
Gehaltsabzug von 6 v. H. hinaus). Dabei wird u. a. an
eine Herabsetzung der Umzugskosten gedacht werden müssen.

Abg. Winter (Soz.) verlangt vom Finanzminister
Unterlagen für seine heutigen Ausführungen. — Abgeord-
neter Stöck (W.B.): Wir sind dem Finanzminister dank-
bar für die Aufklärungen über die Finanzlage. Dem Geset-
zentswurf über die Gebührenherabsetzung stimmen wir zu. —
Abg. Scheff (Dem.) spricht dem Finanzminister seine
Anerkennung aus, daß er es als seine Aufgabe betrachtet,
das Land auf die schwierige Finanzlage hinzuweisen. Man
müsse das Möglichste tun, die Ausgaben zu senken. Die
Demokratische Partei werde den Finanzminister in jeder
Weise unterstützen in seinen Bemühungen, eine geordnete
Finanzlage zu sichern. — Abg. Bod (Ztr.): Die Dar-
legungen des Finanzministers haben wie eine kalte Dusche
gewirkt. Dafür, daß der Finanzminister früher schon sich
pessimistisch über die Finanzlage ausgesprochen hat, kann
man ihm nur dankbar sein. Die Wirtschaft hat ein Unrecht
darauf, daß Klarheit herrscht darüber, daß keine Steuer-
erhöhung 1931 und 1932 kommt. — Abg. Bauser (W.B.)
dankt dem Finanzminister für seine Darlegungen. Das
ganze Land habe ein Interesse an der Gesundhaltung der
Finanzwirtschaft des Landes. — Abg. Fischer (Komm.)
tündigt Änderungsanträge an.

Unter Ablehnung dieser Anträge werden sämtliche 52
Artikel der Gebührenordnung angenommen.

In der Sitzung am Mittwoch nahm der Landtag die
Einzelberatung der Tarife der Landesgebührenordnung vor
und stimmte dabei im großen und ganzen unter Ablehnung
verschiedener komm. und soz. Änderungsanträge den Aus-
schußbeschlüssen zu. Eine Aussprache gab es insbesondere
über die Gebühren für die Erlaubnis zur Feuerbestattung.
Sozialdemokraten und Kommunisten beantragten die Strei-
chung dieser Gebühr, ihre Anträge wurden indes abge-
lehnt. Nach einem soz. Antrag sollte weiterhin die Höchst-
gebühr für die Verleihung von Waffennutzungsrechten auf
5000 Mark herabgesetzt werden. Es blieb aber bei dem
Aussschlußbeschuß mit 10 000 Mark. Ein soz. Antrag betr.
Streichung der Gebühren für die Genehmigung von Ge-
meinderats- und Amtsversammlungsbeschlüssen wurde
gleichfalls abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag
Bauser (W.B.), die Gebühren bei Prüfungen zur Be-
stellung im Staats- und Kommunaldienst wie folgt festzu-
setzen: Bei den Beförderungsgruppen bis 8 auf 20 M.,
8a bis 5 auf 50 M., 4b und abwärts auf 80 M.

Dann wurde in die zweite Beratung eines dritten Än-
derungsantrags zum Feldbereinigungsgesetz eingetreten.
An Artikel 1 knüpfte sich eine Aussprache, an der sich die
Abg. Kenz (Z.), Rath (W.B.), Bauser (S.), Fischer
(Komm.) und Wernag (W.B.) beteiligten. Letzterer be-
merkte gegenüber dem komm. Redner, er verstehe nicht,
warum die Kommunisten so lange in dem dreifachen Deutsch-
land herumlaufen, wenn es in Rußland doch so schön sei.
Auch die Einzelberatung gab noch zu kurzen Ausführungen
verschiedener Abgeordneter Anlaß. Die einzelnen Artikel
wurden nach den Ausschlußanträgen angenommen.

Nächste Sitzung Freitag nachmittag 3 Uhr.

Kürzung der Abgeordnetendiäten. Der Ältestenrat des
Landtags hat beschlossen, daß die fortlaufenden Bezüge der
Abgeordneten gleichmäßig um 20 v. H. gekürzt und die Tag-
gelde für Ausschusssitzungen auf 8 Mark und für solche
Abgeordnete, die mehr als 20 Kilometer von Stuttgart ent-
fernt wohnen, auf 12 Mark festgesetzt werden sollen. Für
Beamten-Abgeordnete solle keine besondere Regelung ge-
troffen werden, da sämtliche Beamtenabgeordnete des Württ.
Landtags auch ihren Berufsdienst versehen, also keine Stell-
vertretung haben. Die Neuregelung soll in einem Initiativ-
antrag an den Landtag gebracht werden und am 1. Januar
1931 in Kraft treten.

Bezüglich der Änderung des württ. Wahl-
gesetzes wünscht der Ältestenrat, daß erst die Neugebil-
dung des Reichstagswahlrechts abgewartet werden solle. Der
Wahlrechtsauschuß wird die Frage weiter behandeln.

Die Geschäftsfrage des Landtags. Der Landtag wird, um
den vorliegenden Beratungstoff noch vor Weihnachten auf-
zuarbeiten, bis Samstag, den 20. Dezember, zusammen-
bleiben. Dann begeben sich die Abgeordneten in die Weih-
nachtsferien. Ende Januar 1931 wird das Plenum des Land-
tags zur Generaldebatte über den Etat 1931 wieder zu-
sammentreten.

Letzte Nachrichten

Antrag der Volksrecht-Partei zum Youngplan im Württ.
Landtag angenommen.

Stuttgart, 12. Dez. Der Württ. Landtag hat in einer
seiner letzten Sitzungen den Antrag Bauser mit
einer Ergänzung von Dr. Fölscher in folgendem Wortlaut
angenommen:

Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium
zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß
in tunlichster Weise die dringend notwendige Revision
des Youngplans mit seinen die Leistungsfähigkeit Deutsch-
lands weit übersteigenden Lasten zielbewußt in Angriff
genommen wird, da die Kriegsschuldfrage als Rechtsgrund-
lage für die Tributpflicht Deutschlands dient und die Zah-
lungsfähigkeit mit der angeblichen inneren Entschuldung
durch die Inflation begründet wird, tann und muß bei

einem Kampf um die Revision des Youngplans hier in
erster Linie der Hebel angelegt werden.

Es ist erfreulich, daß damit zum erstenmal in einem
deutschen Parlament der Zusammenhang zwischen der
angeblichen inneren Entschuldung aus der Höhe der Re-
parationsbelastung durch einen mit großer Mehrheit ge-
faßten Beschluß anerkannt worden ist. Die Volksrecht-Par-
tei hat die Aufgabe, das deutsche Volk auch weiterhin
diese Zusammenhänge gründlich aufzuklären.

Milderung der Beförderungssperre für Beamte.

Berlin, 12. Dez. In einer Besprechung des Reichsfinanz-
ministers Dietrich mit den Beamtenführern der Deutschen
Staatspartei erklärte der Minister, daß seine Politik im
Hinblick auf die Beamtenfrage von den Staatsnotwendig-
keiten diktiert worden sei. Er lehne, der Völkischen Zei-
tung zufolge, jedoch Maßnahmen ab, die nur geeignet
seien, Verärgerung zu schaffen, ohne von größerer finan-
zieller Bedeutung zu sein. Es sei daher nicht beabsichtigt,
den Urlaub der Beamten zu kürzen. Es sei weiter darauf
verzichtet worden, das Pensionsalter von 65 auf 68 Jahre
heraufzusetzen.

Es wurden Richtlinien geschaffen, die Beförderungen
in den Ministerien wieder möglich machten. In den Reichs-
ministerien sei durch Kabinettsbeschluß eine Beförderungs-
sperre vereinbart. Es sei jetzt jedoch in Aussicht genom-
men, in den Reichsministerien, die die vorgezeichneten 10
Prozent ihrer Beamten abgebaut hätten, Beförderungen
wieder vorzunehmen, wenn dabei die Eingangsstellen der
Laufbahn in Wegfall kämen.

Japans Bevölkerung überholt die Deutschlands. Nach
der letzten Volkszählung beträgt die Bevölkerung Japans
64 447 724 Personen oder 7 900 000 mehr als 1925. Die
Hauptstadt Tokio hat 4 986 500 Einwohner, fast 700 000
mehr als Berlin, und ist also die drittgrößte Stadt der
Welt. (Berlin ist die viertgrößte.) Die Gesamtbevölkerung
des japanischen Kaiserreichs einschließlich Korea, Formosa
usw. soll 89 Millionen überschreiten.

Die Kokaïnefunde. In den letzten Tagen sind von Apo-
thekern in Frankfurt a. M. außergewöhnlich viele Rezept-
fälschungen festgestellt worden, die auf gestohlenen Formu-
laren bekannter Ärzte zur Beschaffung von Kokaingift
erfolgt sind.

Geschäftliches

Kraftfahrlehrturs.

Wie uns mitgeteilt wird, findet in den allernächsten
Tagen in Horb a. N. auf vielseitigen Wunsch wieder ein
Kraftfahrlehrturs statt. Die Abhaltung des Kurses erfolgt
in den eigenen Unterrichtsräumen in der Schillerstraße,
wohin Modelle und Zeichnungen verbracht worden sind.
Die Wagen werden von der Württ. Landesfahrtschule ge-
stellt. Als Ausbildungswagen stehen den Kursteilnehmern
mit den letzten technischen Erneuerungen versehene Fahr-
zeuge zur Verfügung. Ausbildungen werden auch auf ei-
genen Wagen und Motorrädern vorgenommen. Die Lan-
desfahrtschule hat sich entschlossen, das Honorar für eine
Vollausbildung während der Wintermonate auf RM. 175
herabzusetzen. Die näheren Bedingungen sind bei der
Württ. Landesfahrtschule G. m. b. H. in Stuttgart zu er-
fahren. Anmeldungen werden auch von der Filiale in
Horb a. N. Mühlenstraße (Stadt. Neubau) Tel. 212
entgegengenommen, die jederzeit Auskunft erteilen. Auf
solche Kursteilnehmer, die geschäftlich schwer abkommen
können oder ungünstige Bahnverbindungen haben, wird
nach Möglichkeit Rücksicht genommen.

Die bekannt gründliche Ausbildung von Fahrern, die
durch das genannte Institut gewährleistet wird, ist so
wichtig für das Kraftfahrwesen, daß auch in diesem Kurs
eine recht große Beteiligung zu wünschen wäre.

Gestorbene: Margarete Dürr, 81 Jahre alt, Seigen-
tal — Maria Weber, geb. Pfefferle, Freu-
denstadt — Luise Jäd, 57 Jahre alt, Do-
bel. — Otto Brodhag, Staigader W. Bad-
nang, früher Nagold, 75 Jahre alt.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten
einschließlich „Die Mode vom Tage“.

Mein gut sortiertes 1755
Spielwarenlager
wird ausverkauft. Auf niedrigste Preise
gebe noch **20% Rabatt**
Fritz Haag gegenüber
„Schwane“

Frohe Weihnachten nur mit TRI-ERGON SCHALLPLATTEN
aus der Schallplattenhandlung
Ferd. Wolf, Nagold

Die Ihren freuen sich
und sind Ihnen dankbar für das hübsche
Geschenk, das wir extra für Sie auf Lager
haben. Heute noch sollten Sie zu uns
kommen und es sich ansehen. Der Einkauf
von Weihnachtsgeschenken ist nur dann
schwierig, wenn Sie bis zum letzten Augen-
blick warten. Kommen Sie deshalb bald
**Berg & Schmid, Fachgeschäft für
Hausrat und Geschenke, Nagold**

Deutsche Illustrierte
Trotz reichhaltigster Ausstattung **10 Pf.**
neueste Nummer stets vorrätig in der
Buchhandlg. Zaiser, Nagold
Probenummern gratis!

ZUM EIGENHEIM
zur
Hauserneuerung
und zur Ablösung
teurer Hypotheken
führt der
Weg
über die
NEUE BAUSPARKASSE
G. M. B. H.
IN WUSTENROT T 108
WURT.
Verlange
umsonst
ausführliche
Prospekte
Vorteilhafteste
Bedingungen
Tüchtige Vertreter gesucht
Der Wieder-
franz Kotten-
burg lädt zu
einem Konzert
am kommenden
Sonntag, den 14. Dez.,
abends 7 1/2 Uhr ein. An-
meldungen bis spätestens
Samstag 12 Uhr an Optl.
Nicht. 813
Schöne
Krippen
fertig und in Model-
lierbogen zum Aus-
schneiden, schon von
15 Pf. an in großer
Auswahl bei
Buchhdlg. Zaiser, Nagold

